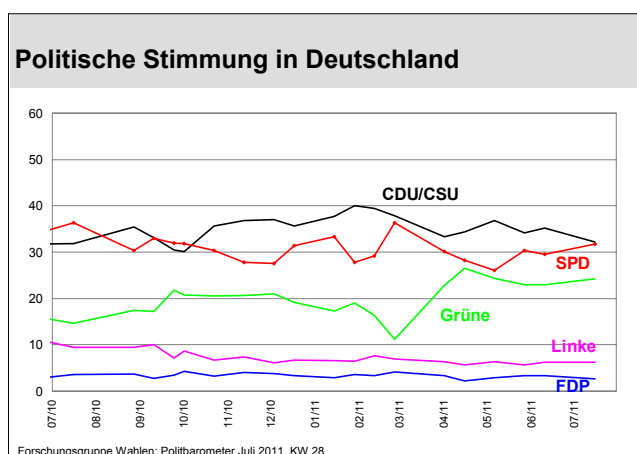


Vom 12.07. bis 14.07.2011 hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF 1.273 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte in Deutschland telefonisch befragt. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

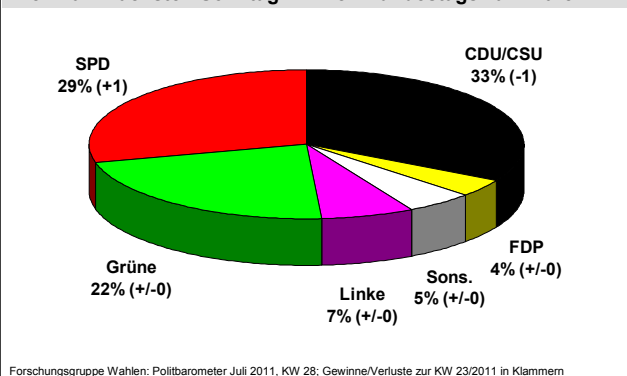
In der politischen Stimmung Mitte Juli liegt die SPD nach einem leichten Plus nun auf einem Niveau mit der Union, die ihrerseits sichtbar verliert. Die Grünen verbessern sich leicht, die Linke und besonders die FDP bleiben unverändert schwach. Mit Zuwächsen von zwei Prozentpunkten erreicht die SPD aktuell 32% (+2), die CDU/CSU verliert drei Punkte und kommt damit ebenfalls auf 32% (-3), die Grünen liegen nun etwas besser bei 24% (+1). Keine Veränderungen gibt es für die Linke, die weiter bei 6% (+/-0) steht, sowie für die FDP, für die erneut nur ein Zustimmungswert von 3% (+/-0) zu verzeichnen ist.



Wenn jedoch am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, würden längerfristige Grundüberzeugungen und auch taktische Überlegungen das Wahlverhalten stärker beeinflussen, als es in der augenblicklichen Stimmung zum Ausdruck kommt. Dem trägt unsere Projektion Rechnung.

Würde an diesem Sonntag der Bundestag neu gewählt, könnte Rot-Grün erneut mit einer relativ deutlichen Sitzmehrheit rechnen, Schwarz-Gelb bliebe davon weit entfernt. Aktuell käme die CDU/CSU nur noch auf 33% (-1) – in der Projektion für die Union ein Jahrestief. Die Sozialdemokraten könnten mit 29% (+1) rechnen, die Grünen lägen unverändert bei 22% (+/-0). Ebenfalls unverändert bliebe die Linke mit 7% (+/-0), die FDP verharrt mit 4% (+/-0) knapp unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde, die sonstigen Parteien kämen bei einer Bundestagswahl an diesem Sonntag in der Summe zum Vormonat konstant auf 5% (+/-0).

Projektion: Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre ...



Regierung und Opposition

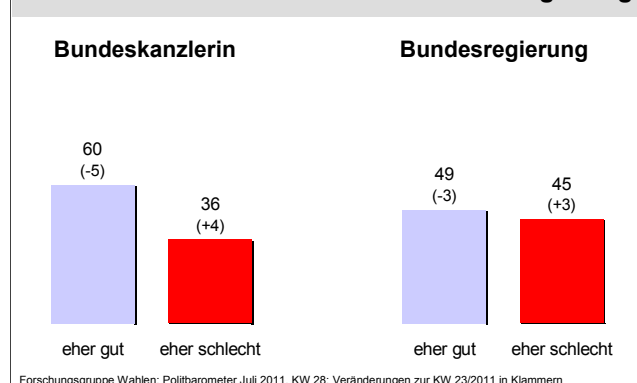
Kurz vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause rutscht die Bundesregierung bei der Leistungskritik auf der +5/-5-Skala wieder tiefer ins Minus, die Opposition präsentiert sich hingegen kaum verändert.

Zufriedenheit mit Regierung und Opposition: (Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)

	Mai-I	Mai-II	Jun	Jul
Regierung gesamt	-0,3	-0,2	-0,3	-0,5
CDU/CSU in Reg.	0,1	0,2	0,1	-0,1
FDP in Regierung	-1,4	-1,4	-1,5	-1,5
SPD-Opposition	0,4	0,5	0,5	0,5
Linke-Opposition	-1,7	-1,8	-1,6	-1,6
Grüne-Opposition	0,7	0,8	0,8	0,7

Neben der aktuellen Bestandsaufnahme wird auch die schwarz-gelbe Gesamtbilanz etwas schwächer: Nach 52% im Vormonat beurteilen jetzt 49% der Befragten die Regierungsarbeit alles in allem gesehen mit „eher gut“, 45% sagen „eher schlecht“. Mehr Zustimmung, aber weniger deutlich als zuletzt, gibt es für die Arbeit der Kanzlerin, die 60% der Deutschen alles in allem positiv und 36% negativ bewerten.

Arbeit von Bundeskanzlerin und Bundesregierung



Beurteilung der zehn wichtigsten Politiker:

(Mittelwerte +5/-5-Skala)	alle Befragten				eigene Anhänger			
	Mai-I	Mai-II	Jun	Jul	Mai-I	Mai-II	Jun	Jul
Peer Steinbrück	---	---	1,4	1,6	---	---	2,2	2,2
Wolfgang Schäuble	0,7	1,0	1,0	1,4	2,0	2,3	2,5	2,6
Frank-Walter Steinmeier	1,2	1,3	1,4	1,3	2,2	2,4	2,3	2,4
Thomas de Maizière	---	---	1,3	1,3	---	---	2,3	2,2
Angela Merkel	1,1	1,2	1,2	0,9	3,0	3,2	3,3	3,3
Ursula von der Leyen	0,7	0,9	0,7	0,8	1,9	2,1	2,1	1,8
Sigmar Gabriel	0,3	0,3	0,3	0,3	1,5	1,8	1,6	1,4
Horst Seehofer	---	---	0,3	0,3	---	---	1,6	1,8
Philipp Rösler	-0,3	0,0	-0,1	-0,3	---*	---*	---*	---*
Guido Westerwelle	-1,6	-1,4	-1,4	-1,4	---*	---*	---*	---*

*Parteianhänger der FDP wegen zu geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen

In der Politbarometer Top 10 gibt es im Juli weder lagerspezifisch noch insgesamt einen einheitlichen Trend. Kanzlerin und Vizekanzler haben erkennbare Imageeinbußen, der Bundesfinanzminister erzielt nach einem klaren Plus seinen persönlich besten Wert seit über zehn Jahren. Spitzenreiter bleibt weiterhin Peer Steinbrück, der – auf der +5/-5-Skala verbessert – jetzt mit durchschnittlich 1,6 eingestuft wird und dabei neben der eigenen Anhängerschaft auch von hohem Ansehen im Unionslager profitiert. Platz zwei besetzt Wolfgang Schäuble (1,4), der gleich drei Plätze nach oben rückt. Auf Rang drei nun Frank-Walter Steinmeier (1,3), gefolgt mit Differenzen im Hundertstelbereich von Thomas de Maizière (1,3) sowie Angela Merkel (0,9), die erneut einen Platz verliert. Dann Ursula von der Leyen (0,8), Sigmar Gabriel (0,3) und Horst Seehofer (0,3) vor Philipp Rösler (-0,3), der nun deutlicher im Minus in die zweite Jahreshälfte startet sowie Guido Westerwelle (-1,4) mit der eindeutig geringsten Reputation der zehn wichtigsten Politikerinnen und Politiker.

Die wichtigsten Themen im Juli

In Deutschland gibt es ein neues Top-Thema, die Finanz- und Eurokrise in der Europäischen Union. Kurzfristig fast unverändert ist die Relevanz des Dauerbrenners Arbeitslosigkeit, klar an Bedeutung zugelegt hat dagegen die Verschuldung in Bund, Ländern und Kommunen. Weit weniger häufig werden Atompolitik und Atomausstieg genannt. Das Thema EHEC – im Juni einmalig ganz oben auf der Problemagenda – spielt für die Bürger überhaupt keine Rolle mehr.

Die wichtigsten Themen im Juli:

(max. zwei Nennungen)

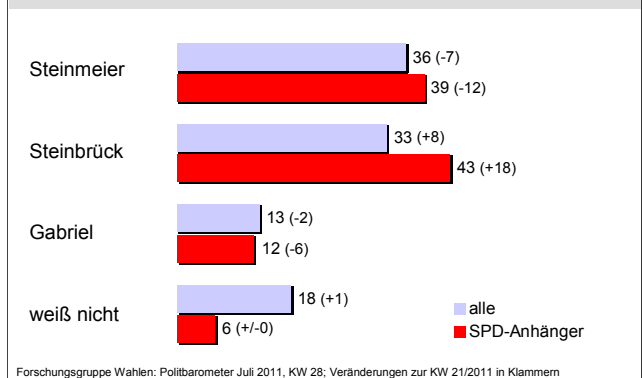
	Jun	Jul
Finanz-/Eurokrise, EU	5 %	33 %
Arbeitslosigkeit	19 %	22 %
Verschuldung Bund/Länder	4 %	11 %
Atomkraft/Kernkraftwerke	33 %	10 %
Kosten/Preise/Löhne	10 %	10 %
Bildung/Schule	6 %	8 %
Politik(er)verdruss/Affären	7 %	8 %
Soziales Gefälle	4 %	6 %
Umwelt/Klima	9 %	6 %
Rente/Alterssicherung	4 %	6 %

SPD und Grüne: Kanzlerkandidat für 2013

Bei der Frage nach dem aussichtsreichsten SPD-Spitzenkandidaten für die nächste Bundestagswahl fällt jetzt häufiger der Name Steinbrück: Mit ihm hätte die SPD für 33% der Befragten, für 36% mit Frank-Walter Steinmeier und für nur 13% mit Sigmar Gabriel die besten Chancen bei der Wahl im Jahr 2013.

Bundestagswahl 2013:

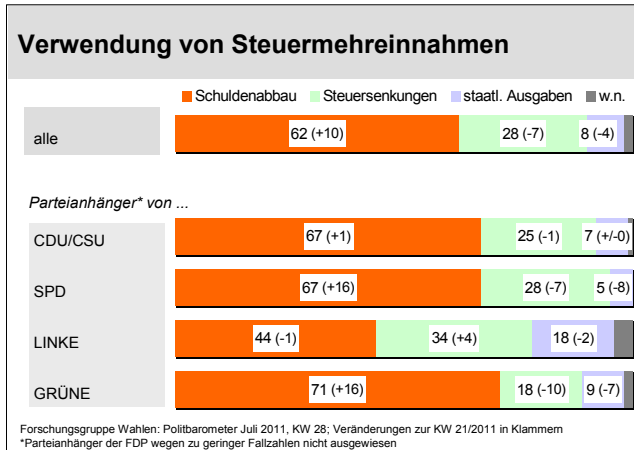
Mit wem hätte die SPD die besten Chancen?



Das Antreten eines grünen Kanzlerkandidaten wird ambivalent eingeschätzt: 46% aller Befragten (Grünen-Anhänger: 81%) fänden es gut, aber 48% (Grünen-Anhänger: 16%) nicht gut, wenn die Grünen bei der nächsten Bundestagswahl mit einem eigenen Kandidaten ins Rennen gehen würden.

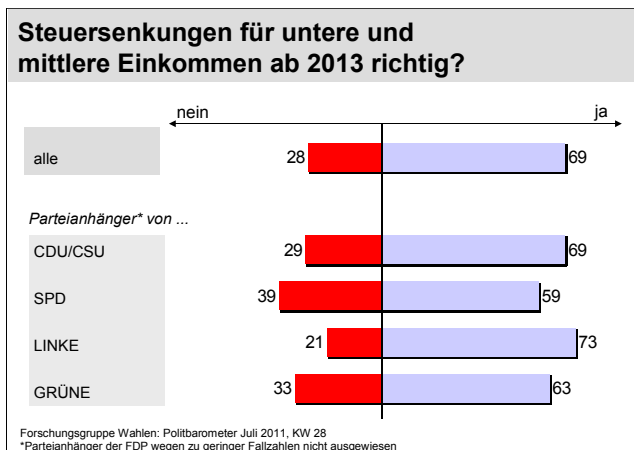
Steuermehreinnahmen

Der Schuldenabbau – für die Bürger schon in der Vergangenheit eindeutig wichtiger als Steuersenkungen oder zusätzliche Ausgaben – wird für die Deutschen nochmals bedeutungsvoller: Nach 52% Ende Mai fordern jetzt 62%, dass mit den konjunkturbedingten Mehreinnahmen zuerst Verbindlichkeiten beglichen werden sollen, noch 28% fänden Steuersenkungen am besten und 8% zusätzliche staatliche Ausgaben.



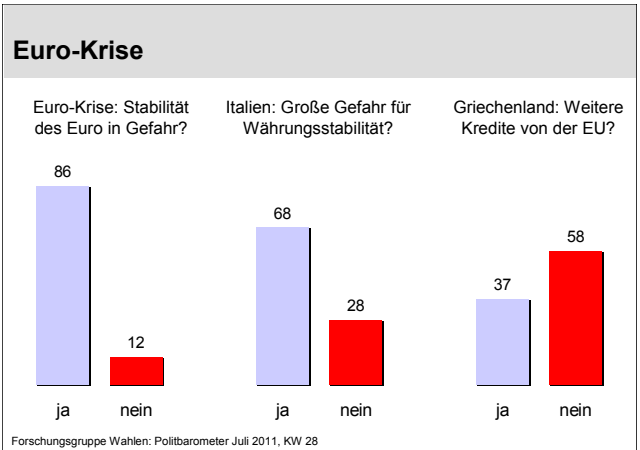
Steuersenkungen

Unabhängig des Primats vom Schuldenabbau finden es 69% der Befragten richtig, dass die Bundesregierung ab 2013 die Lohn- und Einkommenssteuer für untere und mittlere Einkommen senken will, 28% finden das nicht richtig. Allerdings bezweifeln 80% der Befragten, dass die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Steuersenkungen 2013 kommen werden, 17% haben deswegen keine Bedenken.



Euro-Stabilität, Italien und Griechenland

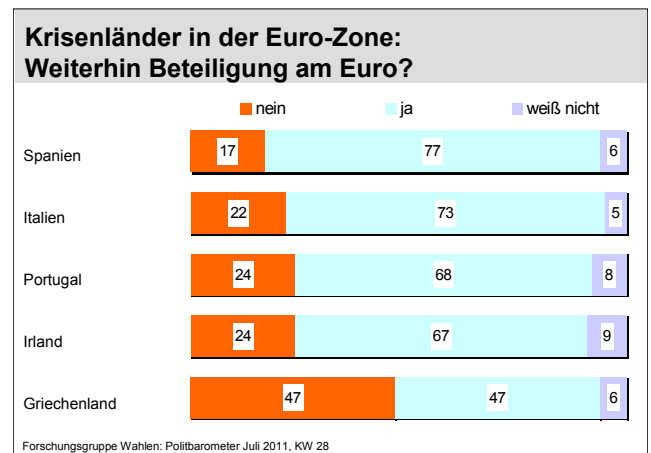
Im Kontext der Euro-Krise und den heftigen Finanzproblemen einiger EU-Länder sehen nach 80% im Vormonat jetzt 86% der Deutschen die Stabilität des Euro in Gefahr, nur noch 12% (Jun: 17%) haben hier keine Bedenken. Ein neues Sorgenkind ist in diesem Zusammenhang Italien, dessen Staatsverschuldung 68% als (sehr) große Gefahr für die Währungsstabilität bezeichnen, nur 28% machen sich wegen Italien weniger große oder keine Sorgen.



Was weitere Kredite für Griechenland betrifft, ist die Mehrheitsmeinung weiterhin restriktiv, denn 58% (Jun: 60%) der Befragten lehnen weitere Finanzhilfen ab, für 37% (Jun: 33%) sollte Griechenland dagegen von der EU zusätzliche Darlehen erhalten.

Krisenländer in der Euro-Zone

Was verschiedene Krisenländer innerhalb der Euro-Zone betrifft, plädiert das Gros der Deutschen fast ausnahmslos für deren Verbleib im gemeinschaftlichen Währungsverbund. Während Spanien, Italien, Portugal oder Irland für klare Mehrheiten weiterhin am Euro beteiligt bleiben sollen, sind die Bundesbürger mit Blick auf Griechenland geteilter Meinung.



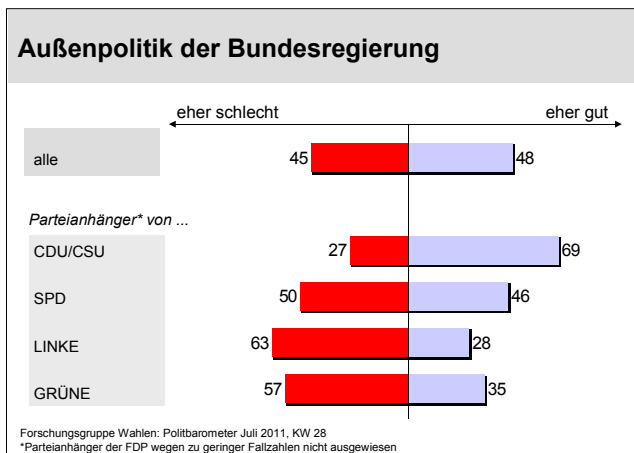
EU-Politik in der Euro-Krise

Überwiegend kritisch bewerten die Bundesbürger die Politik der Europäischen Union in der Euro-Krise: Für 53% der Befragten macht die Staatengemeinschaft hier keine gute Figur, nur 35% sprechen von einem überwiegend guten Job der EU in der Krise. Unzufrieden sind im Detail 49% der CDU/CSU-, 52% der SPD-, 64% der Linke- und 53% der Grünen-Anhänger.

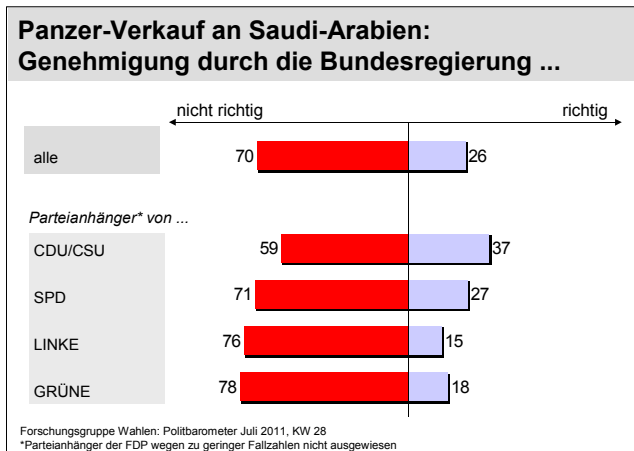
Politik der EU in der Euro-Krise:	gut	nicht gut	w.n.
alle	35 %	53 %	12 %
Ost	31 %	54 %	15 %
West	36 %	53 %	11 %

Außenpolitik und Panzer-Verkauf

Bei der Bewertung bundesdeutscher Außenpolitik gehen die Meinungen – ganz ähnlich wie zur Regierungspolitik insgesamt – weit auseinander: Für 48% der Befragten macht Schwarz-Gelb außenpolitisch eher gute Arbeit, mit 45% sprechen jedoch fast ebenso viele von schlechter Außenpolitik.



Ein Verkauf von 200 Leopard-Kampfpanzern an Saudi-Arabien wird eindeutig abgelehnt: 70% aller Befragten finden es nicht richtig, wenn die Bundesregierung ein solches Geschäft genehmigt, nur 26% fänden die dafür notwendige Zustimmung des Bundessicherheitsrates richtig und 4% sind indifferent.



Allgemeine Wirtschaftslage

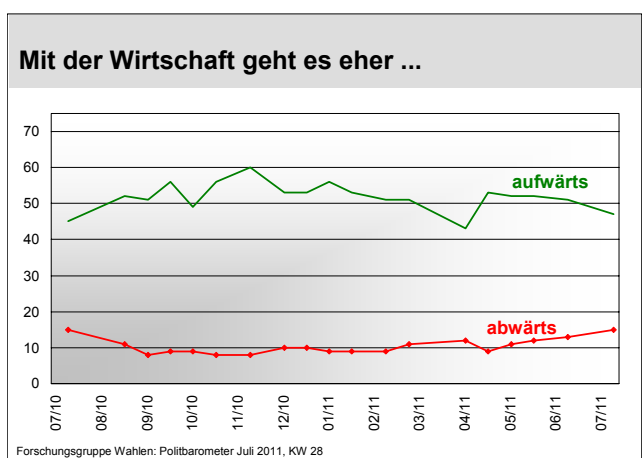
Am Positivurteil zur ökonomischen Verfassung Deutschlands ändert die aktuelle Euro-Krise praktisch nichts: Ganz ähnlich wie in den letzten Wochen und Monaten – und damit im langfristigen Mittel auf höchstem Niveau – konstatieren auch jetzt wieder 41% der Bundesbürger eine gute Wirtschaftslage, 46% sagen „teils-teils“ und nur 12% „schlecht“.

Allgemeine wirtschaftliche Lage:

	Mai-I	Mai-II	Jun	Jul
gut	40 %	42 %	39 %	41 %
teils/teils	48 %	47 %	48 %	46 %
schlecht	12 %	11 %	13 %	12 %

Wirtschaftliche Entwicklung

Ein leichtes Abflauen ist dagegen auf dem Konjunkturbarometer abzulesen, wo aber immer noch mit 47% eine Mehrheit der Befragten der deutschen Wirtschaft eine positive Entwicklung prognostiziert. 35% erwarten konjunkturell in nächster Zeit nicht viel Bewegung zum aktuellen Status quo und 15% befürchten mittelfristig weniger Wachstum.



Eigene wirtschaftliche Lage

Sehr beständig bleibt im Sommer 2011 schließlich das Hoch bei der Bewertung der eigenen Wirtschaftslage: Wie schon seit Jahresbeginn stuft auch jetzt wieder mit 50% rund die Hälfte der Deutschen – im Detail 52% im Westen und 43% im Osten der Republik – die Privatfinanzen positiv ein, 41% antworten hier mit „teils-teils“ und 9% aller Befragten befinden sich nach eigenen Angaben ökonomisch in einer schlechten Situation.

Eigene wirtschaftliche Lage:

	Mai-I	Mai-II	Jun	Jul
gut	52 %	52 %	51 %	50 %
teils/teils	38 %	39 %	40 %	41 %
schlecht	10 %	9 %	9 %	9 %

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: www.forschungsgruppe.de

E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Politbarometer-Untersuchungen werden im Auftrag des ZDF erhoben. Sendung am 15.07.2011 im „heute-journal“. Nächstes bundesweites Politbarometer am 12.08.2011. Der Fehlerbereich beträgt bei 1.250 Befragten und einem Parteiateil von 40% rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteiateil von 10% rund +/- zwei Prozentpunkte. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Für diesen Überblick erheben wir eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von 25 Euro bei Postversand und 15 Euro bei Versand als E-Mail.

Hinweis zu den Tabellen: Mai-I: KW 18/2011; Mai-II: KW 21/2011; Jun: KW 23/2011; Jul: KW 28/2011